

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Bezirksausschusses
am 26.11.2025

Großer Sitzungssaal im Wirtschaftsgebäude, Cottenbacher Straße 23, 95445
Bayreuth

ANWESENDE

Vorsitzender

Herr Henry Schramm	
--------------------	--

Beschließende Mitglieder

Herr Dr. Harald Fichtner i.V. für Herrn Christian Meißner	ab 09:45 Uhr
Frau Eva Döhla	ab 09:53 Uhr
Herr Manfred Hümmer	
Frau Dagmar Keis-Lechner	
Herr Mario Schulze	
Herr Thomas Söder	
Herr Dr. Stefan Specht	

Regierungsvizepräsident

Herr Thomas Engel	
-------------------	--

Schriftführung

Frau Renate Reichert	
----------------------	--

Verwaltung

Herr Florian Bergmann	
Herr Christian Löhr	
Herr Peter Meyer	
Herr Werner Roder	

ENTSCHULDIGT**Beschließende Mitglieder**

Herr Christian Meißner	
Herr Sebastian Straubel	

Regierungspräsident

Herr Florian Luderschmid	
--------------------------	--

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Würdigung der Finanzlage der Bezirksumlagezahler bei der Festsetzung des Bezirksumlagehebesatzes im Rahmen des Bezirkshaushalts 2026
- TOP 2 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Bezirks Oberfranken für das Jahr 2026
- TOP 3 Beratung und Beschlussfassung über den Finanzplan des Bezirks Oberfranken 2025 bis 2029
- TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm des Bezirks Oberfranken 2025 bis 2029
- TOP 5 Betrieb der Leitstelle des Krisendienstes Oberfranken in der Zeit vom 01.04.2026 - 31.03.2030 - Vergabeentscheidung
- TOP 6 Entscheidung über die Annahme eines Zuwendungsangebots in Höhe von 200 € durch Frau Irma Weinhold
- TOP 7 Bekanntgaben

BTP Schramm eröffnet um 09:30 Uhr die Sitzung **des Bezirksausschusses**. Er begrüßt die Anwesenden, im Besonderen Herrn Regierungsvizepräsidenten Engel und die anwesenden Beschäftigten der Bezirksverwaltung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Während der Sitzung wird die Niederschrift über die Sitzung des Bezirksausschusses vom 01.10.2025 in Umlauf gegeben. Einwendungen hiergegen werden während der Sitzung nicht erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Würdigung der Finanzlage der Bezirksumlagezahler bei der Festsetzung des Bezirksumlagehebesatzes im Rahmen des Bezirkshaushalts 2026

BTP Schramm erinnert an die letzte Sitzung des Bezirksausschusses am 01.10.2025, als noch eine Anhebung des Bezirksumlagehebesatzes um 5,8 Prozentpunkte im Raum stand. Er führt aus, dass der Etatentwurf, der letzten Donnerstag in den Bezirkstag eingebracht wurde, demgegenüber nur mehr eine Anhebung um 2,4 Prozentpunkte auf künftig dann 23,7 % vorsieht.

BTP Schramm erläutert, dass die nun vorgesehene deutlich geringere Erhöhung des Hebesatzes dabei zwei Faktoren zu verdanken ist:

Zum einen hat sich der Bezirkstag in seiner letzten Sitzung darauf verständigt, dass der sich für das laufende Haushaltsjahr abzeichnende Fehlbetrag in einer Größenordnung von bis zu 35 Mio. € nicht 2026 und 2027 jeweils hälftig ausgleichend wird, sondern vollständig erst im Jahr 2027. Er betont, dass dadurch den Landkreisen und kreisfreien Städten im kommenden Jahr gut ein Hebesatzpunkt zusätzliche Erhöhung erspart wird. Das heißt aber auch, dass im Jahr 2027 der Bezirkshaushalt durch den dann rechtlich zwingend auszugleichenden Fehlbetrag mit einer Erhöhung des Hebesatzes um ca. 2 Prozentpunkte vorbelastet ist. Das muss jeder Bezirksrätin und jedem Bezirksrat klar sein.

Zum Zweiten profitiert auch der Bezirk Oberfranken vom Ergebnis des Spitzengesprächs zum kommunalen Finanzausgleich 2026. Die Staatsregierung hat die finanziellen Nöte der Kommunen erkannt und erhöht die staatliche Ausgleichsmasse für die Bezirke im kommenden Jahr um sage und schreibe 480 Mio. €. BTP Schramm führt aus, dass das dem Bezirk Oberfranken im kommenden Jahr etwa 38 $\frac{3}{4}$ Mio. € mehr an staatlichen Ausgleichsleistungen als zunächst angenommen bringt. Und diese 38 $\frac{3}{4}$ Mio. € entsprechen etwa 2,36 Hebesatzpunkten, die der Bezirk daher 2026 nicht von seinen Umlagezahlern erheben muss. Er bedankt sich in aller Form bei der gesamten Staatsregierung, für die in Aussicht gestellte ganz erhebliche Erhöhung der Ausgleichsmasse nach Art. 15 FAG.

BTP Schramm legt dar, dass dennoch 2026 bei einem unterstellt gleich bleibendem Hebesatz von 21,3 % eine Deckungslücke von knapp 44 Mio. € verbliebe. Und diese Deckungslücke kann der Bezirk nur durch eine Erhöhung des Hebesatzes um 2,4 Prozentpunkte ausgleichen. Er betont, dass es für den Bezirke keine andere Möglichkeit gibt.

BTP Schramm erklärt, dass auch zur Wahrheit gehört, dass der nun vorliegende Etatentwurf einen Anstieg der Sozialausgaben von 9,6 % vorsieht. 2023 und 2024 hatte der Bezirk tatsächliche Ausgabensteigerungen von jeweils annähernd 13 % und heuer steuert der Bezirk auf eine Steigerung von bis zu 15 % zu. Der im Etatentwurf hinsichtlich der Sozialausgaben unterstellte Steigerungssatz von 9,6 % basiert daher - auch ein Stück weit - auf dem Prinzip Hoffnung.

BTP Schramm erklärt zum aktuellen Tagesordnungspunkt, dass vereinfacht gesagt die Rechtsprechung verlangt, dass der Bezirk sich die Finanzdaten der Umlagezahler genau ansieht, diese würdigt und dann darüber befindet, ob die für 2026 in Aussicht genommene Höhe der Bezirksumlage den Umlagezahlern - in einer Gesamtschau - noch zuzumuten ist. Er führt aus, dass die Kämmerei des Bezirks dazu umfangreiches Zahlenmaterial erhoben und diese Finanzdaten entsprechend gewürdigt hat. Die Kämmerei kommt dabei zum Ergebnis, dass die vorgesehene Erhöhung des Hebesatzes auf 23,7 die Umlagezahler nicht unverhältnismäßig belastet.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag folgende Beschlussfassung:

1. Der Bezirkstag von Oberfranken nimmt von den Ausführungen der Verwaltung vom 19.11.2025 zur Finanzlage der Bezirksumlagezahler Kenntnis.
2. Im Rahmen der gebotenen Abwägung der berechtigten Interessen der Bezirksumlagezahler und der verfassungsrechtlich gebotenen aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Bezirksumlagezahler einerseits und dem notwendigen und anderweitig nicht gedeckten Finanzbedarf des Bezirks Oberfranken andererseits erachtet der Bezirkstag von Oberfranken eine Anhebung des Bezirksumlagehebesatzes auf 23,7 Hebesatzpunkte im Etatentwurf 2026 als angemessen. Eine Verletzung des Rechts auf aufgabenadäquate Finanzausstattung der kreisfreien Städte und Landkreise in Oberfranken wurde weder vorgetragen, noch ist diese für den Bezirkstag aus den von den Bezirksumlagezahlern übermittelten Daten und auch ansonsten ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 2 **Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Bezirks Oberfranken für das Jahr 2026**

Beschluss:

Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag folgende Beschlussfassung.

„Der Bezirkstag beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 in der Fassung vom 17.11.2025.“

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 3 **Beratung und Beschlussfassung über den Finanzplan des Bezirks Oberfranken 2025 bis 2029**

Beschluss:

Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag folgende Beschlussfassung:

„Der Bezirkstag beschließt den als Anlage beigefügten Finanzplan des Bezirks Oberfranken für die Jahre 2025 bis 2029 in der Fassung vom 17.11.2025.“

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 4 **Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm des Bezirks Oberfranken 2025 bis 2029**

Beschluss:

Der Bezirksausschuss empfiehlt dem Bezirkstag folgende Beschlussfassung:

„Der Bezirkstag beschließt den beiliegenden Entwurf des Investitionsprogramms des Bezirks Oberfranken für die Jahre 2025 bis 2029 in der Fassung vom 17.11.2025.“

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 5 **Betrieb der Leitstelle des Krisendienstes Oberfranken in der Zeit vom 01.04.2026 - 31.03.2030 - Vergabeentscheidung**

Beschluss:

Die Diakonie Hochfranken gGmbH erhält den Auftrag zum Betrieb der Leitstelle des Krisendienstes Oberfranken ab dem 01.04.2026 auf die Dauer von zunächst vier Jahren. Das Vertragsverhältnis soll sich jeweils um ein weiteres Jahr verlängern, wenn nicht spätestens neun Monate vorher ein Vertragspartner gegenüber dem anderen schriftlich erklärt, dass eine Verlängerung nicht erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 6 **Entscheidung über die Annahme eines Zuwendungsangebots in Höhe von 200 € durch Frau Irma Weinhold**

Beschluss:

Der Bezirksausschuss beschließt die Annahme des Zuwendungsangebotes durch Frau Irma Weinhold in Höhe von 200 €.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	6
Stimmberechtigt	6
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 7 **Bekanntgaben**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.